

Die Region › Göttingen › SPD und Grüne weisen Klüngel-Vorwürfe zurück

PARTNER IM
RND
REDAKTIONSNETZWERK
DEUTSCHLAND

Göttingen / [Porta-Ansiedlung](#)

00:28 Uhr / 09.03.2018

SPD und Grüne weisen Klüngel-Vorwürfe zurück

Die geplante Ansiedlung eines Porta-Möbelhauses in Grone erhitzt weiter die Gemüter: Die Fraktionen von SPD und Grünen im Rat der Stadt Göttingen haben jetzt in einer Stellungnahme auf die Äußerungen von Pro City und verschiedener Möbelhändler reagiert – und diese deutlich kritisiert.



Entwurf für den geplanten Porta-Möbelmarkt in Grone. Quelle: r

Göttingen. „Göttingen benötigt ein weiteres Möbelangebot, das ist schon lange klar.“ So reagierte SPD-Fraktionschef Tom Wedrins auf die erneute Kritik an den Plänen. „Der Bedarf ist im Einzelhandelskonzept ausgewiesen und festgestellt – übrigens das gleiche Konzept, mit der einige ihre Kritik untermauern“, ergänzte Rolf Becker, Fraktionsvorsitzender der Grünen.

SPD und Grüne: „Ansiedlung demokratisch beschlossen“

Alle Punkte für die Ansiedlung seien transparent und demokratisch beschlossen worden. „Wenn der Geschäftsführer von Bono nun meint, in Göttingen würden Baugenehmigungen im Schützenselt verabredet und es gebe hier Kumpanei, dann hat er deutlich überzogen“, befand Becker. Dem Oberbürgermeister und der Verwaltung könne man nur empfehlen, „passende Schritte zu prüfen“.

Stadt bietet „Nachhilfe in kommunaler Selbstverwaltung“

„Die Klügelvorwürfe entlarven sich schnell als das, was sie sind: erstens völliger Quatsch und zweitens Ausdruck totaler Unkenntnis öffentlich-rechtlicher Planungsverfahren und demokratischer Entscheidungsprozesse“, konterte Detlef Johansson, Pressesprecher der Stadt Göttingen. Wie es in einer integer geführten Verwaltung zugeht, habe der bisherige Ablauf gezeigt und werde das weitere Verfahren in den kommenden Monaten deutlich weisen. „Da finden wir

aber auch noch Zeit für ein paar Nachhilfestunden in kommunaler Selbstverwaltung“, so Johannson.

CDU hält sich bis zur Fraktionssitzung noch zurück

Zurückhaltend äußerte sich der Chef der CDU-Fraktion, Hans-Georg Scherer: „Wir werden uns am Mittwochabend in unserer Fraktionssitzung noch einmal mit dem Thema beschäftigen.“ Vorher wolle er keine weitere Stellungnahme dazu abgeben.

Linke will Mittelzentren nicht außer Acht lassen

Gerd Nier, Fraktionsvorsitzender der Gö-Linken, differenzierte auf Nachfrage: „Wir sind zunächst einmal froh, dass XXXL aus dem Spiel ist. Wir hatten da große Bedenken wegen des Verhaltens gegenüber den Mitarbeitern“, betonte er. Grundsätzlich hielten die Linken die Aufweichung des Einzelhandelskonzeptes weiterhin für problematisch. „Außerdem“, so Nier weiter, „können wir auch die Sorgen aus den umliegenden Mittelzentren nicht völlig außer Acht lassen.“

FDP sieht Einzelhandelskonzept als „komplett durchbrochen“

Auch die FDP „sieht, dass mit Porta ein vernünftiger Möbelmarkt kommt“, erklärte Fraktionschefin Felicitas Oldenburg. Allerdings werde das bestehende Einzelhandelskonzept von Seiten der Stadt

komplett durchbrochen. Die Zielsetzung des Einzelhandelskonzepts, die Innenstadt attraktiv zu halten, werde „ad absurdum geführt“, betonte Oldenburg. Und weiter: „Die FDP möchte bei der Möbelmarktansiedlung noch nicht von einem Göttinger Klüngel sprechen. Klar ist aber, dass das überdimensionierte Nebensortiment eine einseitige Entscheidung eines kleinen Kreises Einäugiger war, die für oberflächlichen Ansiedlungserfolg die Verödung der Innenstadt riskierten.“

Piraten-und-Partei-Gruppe: Nachvollziehbare Sorge

„Wenn man den Verdacht äußert, Bauleitplanung würde im Schützenselt verabredet, ist dies eine ernsthafte Sorge, die ich gut nachvollziehen kann“, so Francisco Welter-Schultes, Vorsitzender der Piraten-und-Partei-Ratsgruppe. Der Verdacht einer Vermischung persönlicher und politischer Interessen in den Reihen der SPD, wie er von den Möbelhändlern geäußert wurde, sei aus Sicht der Ratsgruppe „leider nicht einfach als Verschwörungstheorie abzutun“. Ratsmitglied Dana Rotter (Piraten) hierzu: „Die Tatsache, dass Herr Kurth zu den vorbereitenden Gesprächen hinsichtlich der Porta-Ansiedlung das Gespräch mit den kleinen Fraktionen der Piraten-und-Partei-Ratsgruppe und der GöLinke-Ratsfraktion erst gar nicht gesucht hat, lässt tief blicken: Herr Kurth weiß genau, welche Knöpfe er drücken muss.“ Demokratische Willensbildung sehe anders aus.

Von Markus Riese

Anzeige

Schon über 32 Mio. € erfolgreich bei Exporo zurückgezahlt